Demokratie stärken!

Forderungen für ein solidarisches Miteinander und gegen Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung

Im Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e. V. (bvkm) haben sich rund 280 regionale Organisationen mit ca. 27.000 Menschen zum größten Selbsthilfe- und Fachverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen in Deutschland organisiert. Als Selbsthilfeverband unterstützt der bvkm den Zusammenschluss und Austausch von Eltern behinderter Kinder und Menschen mit Behinderung vor Ort. Als Fachverband bündelt der bvkm Wissen, berät und klärt auf. Als sozialpolitische Interessenvertretung tritt der bvkm für Inklusion, Partizipation und volle Teilhabe von Menschen mit Behinderung ein.

I. Demokratie unter Druck: Auswirkungen auf die Menschen

Die Demokratie steht in Deutschland und weltweit massiv unter Druck. Mitursächlich dafür sind Vertrauensverlust in Institutionen, zunehmende gesellschaftliche Polarisierung, Desinformation sowie das Erstarken extremistischer und populistischer Kräfte.

1. Auswirkungen auf Menschen mit Behinderung und ihre Familien

Menschen mit Behinderung und ihre Familien spüren zunehmend, wie sich demokratiefeindliche Entwicklungen ganz konkret in ihrem Alltag auswirken – etwa durch eine Verrohung des gesellschaftlichen Klimas, die Relativierung von Menschenrechten, den Druck auf den Sozialstaat und eine sinkende Bereitschaft zur Solidarität.

Bundesverband für körper- und
mehrfachbehinderte Menschen e.V. (bvkm)

info@bvkm.de
0211-64004-0

www.bvkm.de
twitter.com/bvkmbund
facebook.com/bvkm.ev

Demokratiefeindliche Strömungen arbeiten häufig mit der Abwertung bestimmter Gruppen. Menschen mit Behinderung erleben dadurch verstärkt Ausgrenzung, Ableismus oder werden als „Belastung" für die Gesellschaft dargestellt. Dies äußert sich in Beleidigungen, Bedrohungen, digitaler Gewalt und Diskriminierung.

Auch Familien von Menschen mit Behinderung geraten unter Druck. Sie brauchen verlässliche Unterstützung, unabhängige Beratung und einen handlungsfähigen Sozialstaat. Wenn demokratische Institutionen geschwächt werden, verlieren Familien Sicherheit.

2. Auswirkungen auf Selbsthilfeorganisationen

Demokratie lebt nicht allein von Parlamenten und Wahlen. Sie lebt vom Engagement der Menschen – in Vereinen, Selbsthilfeorganisationen, Verbänden und Initiativen. Solche Organisationen schaffen Räume für Begegnung, Beteiligung und Solidarität.

Demokratiefeindliche Entwicklungen wirken sich auch hier aus, z.B. indem die dort engagierten Ehrenamtlichen Anfeindungen erleben, gemeinnützige Organisationen unter Rechtfertigungsdruck geraten oder ihre Finanzierung infrage gestellt wird. Werden demokratiestärkenden Strukturen geschwächt, verlieren viele Menschen eine wichtige Stimme und einen Ort der Unterstützung.

II. Demokratie unter Druck: Erscheinungsformen

Zunehmend wird an vielen Stellen und auf unterschiedliche Art und Weise in der Politik und im gesellschaftlichen Diskurs sichtbar, dass die Demokratie unter Druck steht.

1. Inklusion wird diskreditiert

Inklusion bedeutet, dass jeder Mensch gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann – unabhängig von einer Behinderung, seiner Herkunft, seines Geschlechts, seines Alters oder seiner Religion. In der UN-Behindertenrechtskonvention ist Inklusion als menschenrechtliches Prinzip verankert. Von demokratiefeindlichen Bewegungen wird Inklusion jedoch als Problem dargestellt und als ideologiegeleitetes Prinzip diskreditiert.[1] Diese Bestrebungen zielen darauf ab, Menschen mit

[1] Vgl. Riebe, Jan: „Ideologieprojekt Inklusion": Positionierungen der AfD zu Inklusion als Ausdruck ihres rechtsextremen Weltbildes. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Behindernde Gesellschaft, Band 15. Jena, S. 30–45. https://www.idz-jena.de/wsddet/wsd15-03 (abgerufen am 27.07.2026).

Behinderung auszugrenzen und Sonderstrukturen für sie zu schaffen bzw. beizubehalten. Insbesondere die inklusive Bildung gerät dadurch unter Druck.

2. Kürzungen sozialer Leistungen

Viele aktuelle Reformpakete der Bundesregierung sehen drastische Kürzungen bei sozialen Leistungen und die Einschränkung von Rechtsansprüchen vor. Diese Maßnahmen treffen Menschen mit Behinderung und ihre Familien besonders hart, weil sie in der Regel auf unterschiedliche Sozialleistungen angewiesen sind und sich die einzelnen Leistungskürzungen dadurch bei ihnen in Summe besonders nachteilig auswirken.

So sieht die Pflegereform (Pflegeneuordnungsgesetz – PNOG) z.B. ab 2027 massive Kürzungen bei den niedrigschwelligen Entlastungsleistungen für pflegende Angehörige und insbesondere den Wegfall der Verhinderungspflege vor.[2] Zusätzlich werden mit der Gesundheitsreform (GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz) die Zuzahlungen für Medikamente, Heilmittel sowie Maßnahmen der häuslichen Krankenpflege und außerklinischen Intensivpflege um 50 Prozent erhöht und die Festzuschüsse der Krankenkassen für Zahnersatz verringert.[3] Im Recht der Eingliederungshilfe ist außerdem geplant, die individuelle Assistenz zur Teilhabe an Bildung (Schulassisstenz) sowie beim Wohnen, der Freizeit und der Unterstützung im Alltag nur noch in Ausnahmefällen zu gewähren. Die gemeinsame Inanspruchnahme von Assistenz (sog. Poolen von Leistungen) soll künftig der Regelfall werden.[4]

Gleichzeitig machen sich in der Politik und in verschiedenen Medien in Sprache und Inhalt Narrative breit, in denen der Sozialstaat und insbesondere die Eingliederungshilfe als nicht länger finanzierbar dargestellt werden. Soziale Gerechtigkeit, das Recht auf Teilhabe für Menschen mit Behinderung und eine barrierefreie Infrastruktur werden dadurch immer stärker in Frage gestellt.

---

[2] Siehe Stellungname des bvkm vom 28.10.2026 zum Regierungsentwurf des Pflegeneuordnungsgesetzes.
[3] Siehe Stellungnahme des bvkm vom 20.04.2026 zum Referentenentwurf des GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetzes.
[4] Siehe Stellungnahme der Fachverbände für Menschen mit Behinderung vom 02.09.2026 zum Beschluss des Bundeskanzlers mit den Regierungschef:innen der Länder vom 25. Juni 2026 einschließlich der Anlage „Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen“ sowie zu den Empfehlungen aus dem Dialogprozess Eingliederungshilfe

3. Weniger Teilhabe an politischen Prozessen

Die Beteiligungsmöglichkeiten an Gesetzgebungsverfahren werden für Behinderten- und Sozialverbände zunehmend eingeschränkt. Dies zeigt sich derzeit insbesondere im Hinblick auf stark verkürzte Stellungnahmefristen zu Gesetzesvorhaben. Interessenvertretungen wird zwar vielfach noch die Möglichkeit eingeräumt, Gesetzentwürfe zu beurteilen. Durch sehr kurzfriste Versendungen auch umfangreicher und komplexer Entwürfe bleiben ihnen jedoch häufig nur wenige Tage, um eine Stellungnahme abzugeben.[5] Eine valide Beurteilung von geplanten Gesetzesänderungen kann dadurch nicht oder nur unzureichend vorgenommen werden. Eine wirkliche Interessenvertretung oder ein echter Informationsaustausch zwischen den jeweils federführenden Ministerien bzw. Ausschüssen und den betroffenen Interessenvertretungen ist damit nicht gegeben.[6]

4. Wissenschaft und Fakten verlieren an Bedeutung

Demokratiefeindliche Bewegungen arbeiten häufig mit Vereinfachungen oder Fehlinformationen. In Bezug auf Sozialleistungen für Menschen mit Behinderung zeigt sich das z.B. bei falschen Behauptungen über Sozialleistungen, verzerrten Darstellungen der Kosten von Teilhabe und der Stimmungsmache gegen soziale Unterstützung.

[5] Die Stellungnahmefrist für die Verbände zum Referentenentwurf des Pflegeneuordnungsgesetzes (PNOG) betrug drei Werktage, beim Referentenentwurf des GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz waren es sogar nur zwei Werktage.
[6] Siehe dazu auch: Deutsche Institut für Gesundheitsrecht (DIGR): Angemessene Fristen für Stellungnahmen von Interessenvertretungen, Studie von September 2024.

III. Demokratie stärken: Forderungen und Wünsche des bvkm

Um die Demokratie zu stärken, bedarf es eines solidarischen und respektvollen Umgangs miteinander, der Stärkung des Vertrauens in demokratische Institutionen und eines klaren Eintretens gegen die Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung.

Der bvkm fordert deshalb,

… von Politikerinnen und Politikern

- dass sie Haltung zeigen gegenüber demokratiefeindlichen Bewegungen und für Menschenrechte und insbesondere die UN-Behindertenrechtskonventionen einstehen
- dass sie niemanden durch ihre Sprache oder ihr Verhalten abwerten und keine demokratiefeindlichen oder ableistischen Narrative bedienen,
- dass sie Mut zu echten Reformen haben, die sozial gerecht sind und die Lasten fair verteilen,[7]
- dass sie die Zivilgesellschaft stärken und dafür sorgen, dass Vereine, Selbsthilfe und Verbände echte Beteiligungsrechte erhalten und ihre finanzielle Förderung gesichert ist

… von Behördenleitungen sowie Mitarbeitenden bei Sozialleistungsträgern wie Kranken- und Pflegekassen sowie Sozialämtern

- dass sie die individuellen Rechtsansprüche der Gesetze achten und bürgernah arbeiten,
- dass sie Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen respektvoll und fair behandeln,
- dass sie sich für Bürokratieabbau einsetzen, auf zielführende Anträge hinwirken und bei unklaren Zuständigkeiten mit anderen Behörden lösungsorientiert zuammenarbeiten

Außerdem erwartet der bvkm,

… von Journalistinnen und Journalisten und anderen Medienschaffenden

- dass sie komplexe politische Prozesse transparent einordnen und Desinformation durch belegbare Fakten widerlegen,

[7] Siehe dazu: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (Hrsg.): Reform des Sozialstaats – Vorschläge zur Entbürokratisierung und für nachhaltige Kostensenkungen, 37 konkrete Maßnahmen zur Reform des Sozialstaats, Juni 2026.

- dass sie neben dem Aufdecken von Missständen auch mögliche Lösungsansätze für gesellschaftliche Probleme aufzeigen,
- dass sie über gute Praxisbeispiele berichten und dadurch Menschen mit Behinderung – insbesondere mit komplexer Behinderung – sowie ihren An- und Zugehörigen Mut machen und engagierte Politikerinnen und Politiker in ihrer Arbeit bestärken

… von den Bürgerinnen und Bürgern

- dass sie Ihr Wahlrecht wahrnehmen und demokratisch und für eine inklusive Gesellschaft wählen,
- dass sie solidarisch gegenüber den Schwächsten der Gesellschaft sind,
- dass sie Zivilcourage zeigen und bei Beleidigungen und Gewalt gegenüber Menschen mit Behinderung nicht wegschauen, sondern Hilfe leisten,
- dass sie sich kritisch mit vereinfachten Darstellungen und Fehlinformationen auseinandersetzen

IV. Schlussbemerkung

Die im bvkm organisierten Menschen möchten in einer Gesellschaft leben, die auf Solidarität, sozialer Gerechtigkeit und einem respektvollen Miteinander basiert. Die Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung und ihren Familien hat in einer solchen Gesellschaft keinen Platz.

Wir alle sind aufgefordert, wachsam für die Menschlichkeit zu sein!

Bremen, 22. November 2026